

## Empfehlungen des Bürgerrates Ernährung sind realitätsfern

*Kommentar (kursiv und rechtsbündig) von Friedrich-Karl Lücke, 21.01.2024*

Berlin, 15.01.2024 - Anlässlich der Vorstellung der Empfehlungen des Bürgerrates Ernährung bekräftigt der Lebensmittelverband Deutschland seine Kritik am Auswahlverfahren des Gremiums und stellt die realistische Umsetzbarkeit der Vorschläge in Frage.

Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff kommentiert: „Eine weitere staatlich eingesetzte Kommission hat erneut politische Binsenweisheiten erarbeitet, die im Übrigen seit Jahrzehnten auf dem Tisch liegen. Dass Kinder gesundes Schulessen kostenlos bekommen sollten, ist eine sehr alte Forderung. Solche Erwartungen scheitern nicht an der Erkenntnis, sondern an der Umsetzung, meist durch die Landespolitik. In einem Bundesland, in dem nicht einmal Schulbücher kostenlos sind, ist die Einführung eines kostenlosen Schulessens schlicht nicht finanzierbar.

*In der Tat erscheinen andere Maßnahmen zugunsten benachteiligter Kinder vordringlich. Stichworte: kostenlose Lehrmaterialien; besondere Förderung für Kinder, die Deutsch nicht als Muttersprache haben; Schulgärten, Schulküchen. Aber verschiedene vergleichbare Länder, z.B. Finnland, haben eine kostenlose Schulverpflegung seit vielen Jahrzehnten, mit weitaus besseren PISA-Ergebnissen*

Auch weitere Ergebnisse des sogenannten Bürgerrates entstammen der ernährungspolitischen Mottenkiste oder zeigen ein Realitätslimbo.

*Unangemessene Polemik. Die Empfehlungen stehen im wesentlichen im Einklang mit dem Stand der Wissenschaft, wie er es z.B. im Gutachten des WBAE dokumentiert ist. Allenfalls ist zu kritisieren, dass der Bürgerrat zu stark auf „Aufklärung“ setzt, und die Rolle der Ernährungsumgebung sowie emotionaler und kultureller Faktoren vernachlässigt.*

Ein Lebensmittelsiegel, das Gesundheit, Klima und Tierwohl in einem vereint, ist reines Wunschdenken. Komplexität auf ein Minimum zu reduzieren ist reine populistische Augenschwermerei ohne jeden Erkenntnisgewinn für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

*Die Polemik in dieser Aussage ist befremdlich, aber auch ich habe erhebliche Bedenken. Ein Nachhaltigkeits-Label erscheint zwar langfristig denkbar, ist aber wegen der hohen Komplexität nur mit sehr hohem Aufwand umzusetzen. Insbesondere kann der ökologische Fußabdruck je nach Wertschöpfungskette innerhalb einer Produktgruppe enorm variieren (Beispiele: Rindfleisch; Tomaten). Angesichts fehlender Definition von Systemgrenzen und Bezugsgrößen kann ein Nachhaltigkeits-Label auf der gegenwärtigen Datenbasis Verbraucher-Irreführung und „Greenwashing“ begünstigen. Mittelfristig ist ein solches Label nur innerhalb einer Produktgruppe (z.B. Milch) sinnvoll.*

Auch die Anregung, die Mehrwertsteuer zum Instrument einer gelenkten Ernährung zu machen, schlägt fehl. Steuern werden zur Finanzierung des Staates erhoben, nicht zur Bevormundung.

*Auch ich sehe die Empfehlungen zur differenzierten Besteuerung kritisch, auch wenn 0% Mehrwertsteuer auf unverarbeitetes Obst und Gemüse, Hülsenfrüchte und Nüsse sinnvoll wäre. Falsch ist jedoch das Statement, Steuern würden nur zur Finanzierung des Staates erhoben. Lenkungswirkung ist bei vielen Steuerarten (z.B. auf Alkohol, Tabak) durchaus ein Kriterium. Im Übrigen kann man durchaus geteilter*

*Meinung darüber sein, ob Möhren 7% billiger und Fleisch 12% teurer werden sollten, eine „Bevormundung des Verbrauchers“ kann ich aber dabei nicht erkennen.*

Zudem fragt man sich, ob die Bürgerräte tatsächlich davon überzeugt sind, dass, wenn ein Kilo Möhren statt 75 Cent künftig 70 Cent kostet, dies tatsächlich eine Verhaltensänderung beim Kauf bewirken könnte.

Insgesamt erklärt sich der Wunsch nach staatlichen Eingriffen offenbar aus der Zusammensetzung und Führung des sogenannten Bürgerrates. Gerade einmal elf Prozent von 20.000 angeschriebenen Bürgerinnen und Bürgern hatten Lust am Bürgerrat teilzunehmen. Die Verbliebenen wurden dann noch einmal nach Vorlieben vorsortiert (vegan oder nicht-vegan) und schließlich hat man aus einer Gruppe von 1.000 algorithmisch vorbestimmten Menschen 160 ausgelost.

*Diesem Statement liegt die Annahme zugrunde, dass bei den 11% positiven Rückmeldungen diejenigen Bürger erheblich überrepräsentiert sind, die mit dem gegenwärtigen Ernährungssystem unzufrieden sind und meinen, dass sich der Staat hier mehr engagieren sollte. Ob diese Annahme wirklich plausibel ist, kann man diskutieren - ähnliche Probleme gibt es bekanntlich bei vielen Umfragen mit niedriger Rücklaufquote. Man hat sich jedoch - wie ich meine, recht erfolgreich - bei der Auswahl der 160 Mitglieder des Bürgerrats darum bemüht, dass alle Bevölkerungsgruppen und Ernährungsstile angemessen repräsentiert sind.*

Unter strenger Führung und Anleitung kamen diese dann zu den dokumentierten Aussagen.

*Diese Aussage halte ich angesichts der Kompetenz der beratenden Wissenschaftler:innen für unangebracht. Auch in den Vortragsfolien, die im Netz verfügbar sind (<https://klimamitbestimmung.de/zusammenfassung-bisheriger-skill-share-inhalte/>), kann ich keine „strenge Führung und Anleitung“ erkennen.*

Mit repräsentativen demokratischen Prozessen hatte das wenig zu tun. Die Empfehlungen des Bürgerrates haben jedenfalls keinerlei Wert und Bedeutung für Produzenten und sicherlich auch nicht für die überwiegende Mehrheit der Konsumentinnen und Konsumenten. Das Steuergeld, das für diesen schein-demokratischen Prozess ausgegeben wurde, hätte man besser den Landwirten zur Verfügung gestellt."

*Wieder unangemessene Polemik. Trotz aller Einwände tun die Produzenten gut daran, sich die Empfehlungen genau anzusehen, aber sie durchaus kritisch zu betrachten. Das Statement, die Empfehlungen hätten „keinerlei Wert und Bedeutung für Produzenten“ halte ich jedenfalls für gewagt (um es freundlich auszudrücken). Und darauf, dass die 89% der angesprochenen Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht zurückgemeldet haben oder nicht teilnehmen wollten, mit dem Status Quo des Ernährungssystems zufrieden sind („keinerlei Wert ... für die überwiegende Mehrheit der Konsument:innen“), würde ich mich als Lebensmittelunternehmer auch nicht verlassen.*

*Im Übrigen wurde schon früher vielfach - auch aus Reihen der Wirtschaft - die Notwendigkeit betont, das künftige Ernährungssystem auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens aufzubauen. Hierzu kann ein Bürgerrat auch und gerade in einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie wesentlich beitragen. Eine pauschale Kritik an dem Konzept der Bürgerräte halte ich daher für unangebracht.*